



Bearbeitet von: Herrn Wieseahn
Durchwahl: 0511 3030-2151
Mein Zeichen: II/71 - 0103 - 01/01
(Einl-077-Si-We)
E-Mail: lars.wieseahn@lt.niedersachsen.de*

16. September 2021

77. Sitzung
des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen,
Mittwoch, den 22. September 2021, 10.30 Uhr

Hannover, Erweiterungsgebäude des Landtages,
Leinstraße 30

- Forum -

Hinweis: *Die Ausschussmitglieder werden gebeten, die Größe des Sitzungsraums im Hinblick auf die Abstandsmöglichkeiten auszunutzen.*

Die Vorsitzende lässt mitteilen, dass die Möglichkeit eingeräumt wird, an der Ausschusssitzung mittels Videokonferenztechnik teilzunehmen (§ 97 a GO LT).

Tagesordnung:

1. a) [Entwurf eines Gesetzes zur Feststellung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 \(Haushaltsgesetz 2022/2023 - HG 2022/2023 -\)](#)

[Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/9720](#) neu

- Erste Beratung: 117. Sitzung am 15.09.2021
- federführend: AfHuF; mitberatend: ständige Ausschüsse



- TOP 1 b) -

b) [Mittelfristige Planung des Landes Niedersachsen 2021 bis 2025](#) 

[Unterrichtung durch die Landesregierung - Drs. 18/9847](#)

- Gemäß § 62 Abs. 1 GO LT überwiesen am 01.09.2021
- federführend: AfHuF; mitberatend: ständige Ausschüsse

- hierzu:**
1. Eingabe 02377/01/18 - Forderungen zum Landeshaushalt 2022/2023, Verband Niedersächsischer Strafvollzugsbediensteter, 27432 Hipstedt
 2. Eingabe 02863/01/18 - Schaffung eines Beförderungsamtes „Erste Oberamtsanwältin/erster Oberamtsanwalt“, Deutscher Anwaltsverein e.V., 21394 Westergellersen

Hinweis:

Die Eingaben sind als [Vorlage 1](#) und [Vorlage 2](#) zur Drs. 18/9720 neu verteilt.

2. [Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2022](#) 

[Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/9885](#)

- Erste Beratung: 117. Sitzung am 15.09.2021
- federführend: AfHuF; mitberatend: AfRuV, AfluS, KultA, AfWAVuD, AfELuV, AfSGuG

Der Beratungsverlauf der Tagesordnungspunkte 1 und 2 ist wie folgt vorgehen:

Einbringung durch Frau Justizministerin Havliza


Einzelplan 11 - Justizministerium

Allgemeine Aussprache und Beratung

3. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum derzeitigen Stand der Ermittlungen gegen die Geldwäschebekämpfungseinheit des Bundesfinanzministeriums wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt**

Hinweis:

- / Der Unterrichts Antrag ist als [Anlage](#) beigelegt.

4. [Aktionsplan „Wir sind Niedersachsen. Für Zusammenhalt. Gegen Rassismus.“ retten - mit dem Bundesprogramm die Zivilgesellschaft in Niedersachsen stärken](#) 

[Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 18/8340](#)

- Erste Beratung: 96. Sitzung am 27.01.2021
- federführend: AfRuV; mitberatend gem. § 27 Abs. 4 Satz 1 i. V. m. § 39 Abs. 3 Satz 1 GO LT: AfHuF

hier: Fortsetzung der Beratung

- Hinweis: -

Hinweis:

Das Ausschussmitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlug vor, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung von Vertretern der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft durchzuführen. Der - federführende - Ausschuss kam überein, über den Vorschlag des Ausschussmitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zu dem Antrag eine schriftliche Anhörung von Vertretern der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft durchzuführen, in der ersten Sitzung nach dem September-Plenum zu beraten.

Eingeladen werden:

Mitglieder des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen

Abg. Herr Wenzel – als Vorsitzender des federführenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen zu TOP 1 und 2 und mitberatend zu TOP 4

Kenntnis erhalten:

Präsidentin des Landtages
Fraktionen
Staatskanzlei und sämtliche Ministerien
Präsidentin des Landesrechnungshofs

Im Auftrage

Wiesehahn